

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 160 B

BERLIN • Sonntag, den 10. Juli 1932

1. JAHRGANG

### Die historische Mission des A D G B.

#### Nieder mit den Saboteuren!

Von Willi Eichler.

„... und dann wehe den Saboteuren, die um ein Partei-Linsengericht das Proletariat verraten.“

So schrieb vor einigen Tagen anlässlich der Beerdigung eines ermordeten Arbeiters ein sozialdemokratisches Parteiorgan des Ruhrgebiets zur Frage der Einheitsfront. Der Genosse, der das geschrieben hat, hat den Finger in die Wunde der Arbeiterschaft gelegt. Nicht nur, daß er in seinem Aufsatz gezeigt hat, daß die proletarische Einheitsfront nötig ist — es gibt kaum ein Mitglied der organisierten und sogar der unorganisierten Arbeiterschaft, das diese Notwendigkeit bestritt. Der Genosse hat mit Recht auch den Haupthindernisgrund für das Zustandekommen der von allen für notwendig gehaltenen Einheitsfront hingewiesen: das Partei-Linsengericht, den Parteiegoismus. Dieser Parteiegoismus wirkt wie eine fressende Seuche. Wie weit sie grassiert, hat das Volksbegehren gezeigt, über das der „Funke“ ausführlich unterrichtet hat. Es handelt sich dabei darum, daß Unterschriftenlisten kursieren, auf denen die Spitzenverbände der Freien Gewerkschaften beauftragt werden, für das Zustandekommen einheitlicher Arbeiter-Kandidatenlisten für die Wahl am 31. Juli die Initiative zu ergreifen. Die Aufnahme dieser Aktion war bei denen, denen sie zugute kommen sollte: den Arbeitern, begehrt.

Wir haben Listen gesehen, auf denen in vollzogener Gemeinschaft Kommunisten und Sozialdemokraten, Freigewerkschafter und RGO-Kollegen, Organisierte und Unorganisierte, Männer und Frauen ihre Namen eingetragen hatten.

Kein in dem Verlangen, angesichts der tödlichen Gefahr alle Meinungsverschiedenheiten politischer und weltanschaulicher Art zurückzustellen hinter der vordringlichen Aufgabe, zunächst das nackte Leben und den Bestand der Arbeiterbewegung zu retten.

Gegenüber der Erfahrung, daß Genossen aller Schattierungen sich für das Volksbegehren mit Begeisterung einsetzen, haben Parteibonzen, -redakteure und -sekretäre Front gemacht, und zwar mit Argumenten, die die Angst verraten, die eigene Partei könne hier in eine Linie gedrängt werden, die den „Gewaltigen“ aus irgend einem Grunde nicht paßt. Die Angst vor dem Zustandekommen der Einheitsfront, anders kann man die Proteste oft nicht deuten, verrät, daß vielen „Führern“ ihre Parteigeschäfte höher stehen, als die Sache der Einheitsfront und also die Sache des Proletariats. Für die Diskreditierung dieses so einfach begreiflichen Volksbegehrens, das unterstützt wird durch den „Dringenden Appell“, den Genossen aller proletarischen Parteirichtungen unterschrieben haben, war manchen Parteileuten jedes Mittel recht, auch das der niederträchtigsten Beschimpfung, und zwar handhaben diese Kampfweise Sozialdemokraten und Kommunisten gleich meisterhaft. Ich will damit nicht sagen: alle Sozialdemokraten und alle Kommunisten, aber immerhin so führende Sozialdemokraten und führende Kommunisten wie die Redaktionen der sozialdemokratischen Magdeburger „Volksstimme“ oder der kommunistischen Hamburger „Volkszeitung“, und vieler anderer. Das Interessanteste der widerwärtigen Hetze dieser Presse liegt darin, daß kaum einer ihrer Verantwortlichen richtig darstellt, was eigentlich los ist.

Die Sozialdemokraten wollten im allgemeinen das Volksbegehren dadurch verächtlich machen, daß sie es als „kommunistischen Schwindl“ hinstellten, während die Kommunisten die Veranstalter des Volksbegehrens als „Agenten der Wels und Stampfer“ behandelt sehen wollten, denen man „die Tür zu weisen“ habe.

Jeder machte dann am Schluß für seinen eigenen Laden Klame: die Sozialdemokraten für die „Eiserno“, die Kommunisten für die „Roto“ Front.

Eine solche Handlungsweise ist ein Verbrechen. Diese Leute sind über den kapitalistischen Standpunkt des Profitmachens für den eigenen Laden noch nicht herausgekommen. Sie hätten statt Redakteure proletarischer Zeitungen Kleiderhändler werden können, — womit ich nichts Verletzendes gegen diese ehrbare Beschäftigung sagen möchte, sondern nur darauf hinweisen, daß sie bei ihren Trägern keinen idealistischen Opfermut voraussetzt.

Der Idealismus hätte verlangt, die Parteiinteressen zurückzustellen hinter die gemeinsame Aktion. Wir sehen dieselbe Erscheinung bei Organisationen, die ihrem Wesen nach auch für bestimmte Gebiete eine Art von Einheitsfront darstellen von Arbeitern, deren politische und andere Ansichten nicht in allem übereinstimmen. Solche Organisationen sind der Freidenkerverband und die Freien Gewerkschaften. Diese lange Zeit intakte Einheitsfront ist oft in der schamlosesten Weise von Parteiegoisten ausgenutzt worden als bloßes Anhängsel für die eigene Partei. Wir haben über die charakterlose Rolle, die in dieser Hinsicht sowohl Sozialdemokraten

# Kampf um den Reichskommissar.

„Entweder geht die Amnestie (in der Form des vom Landtag beschlossenen Entwurfs) durch oder der Landtag fliegt auf.“ Diese Worte Kubes kennzeichnen die Absicht, mit der offenbar die Nazis in die Freitagsitzung des Landtags hineingingen.

Der Amnestieentwurf des Landtags ging nicht durch. Der Landtag flog auf. Diesen Erfolg führten die Nazis auf folgende Weise herbei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Nazi Lohse eine Behauptung eines sozialdemokratischen Flugblattes als Lüge zurück.

„Für diese Wahllügen der SPD werden wir uns hier an der Fraktion schadlos halten.“

Hinkler (NS) ruft dazwischen: „Die Amnestie wird euch teuer zu stehen kommen, ihr Brüder!“

„Judenjungen!“

„Hundesöhne!“

Ein NS zu einem Sozialdemokraten: „Das Schwein grinst noch!“

Justizminister Schmidt weist die Beschimpfung zurück, die in der vorigen Amnestie-Debatte die Nazis gegen Richter und Anwaltskammern gerichtet haben.

Freisler (NS) wiederholt diese Beschimpfungen. Kube: „Der lächerliche preußische Richterverein würde verdammt schnell schweigen, wenn wir seine Mitglieder einmal der berechtigten Wut der breiten Massen preisgäben. Im Teutoburger Wald haben die Germanen den römischen Richtern die Zunge ausgerissen und ihnen zugerufen: „Jetzt zische, Natter, wenn du kannst!““

Justizminister Schmidt, der versucht, gegen Kubes Ton zu protestieren, wird niedergeschrien. Kerl hebt die Sitzung auf.

Nach Wiedereröffnung beantragen die Nazis, sofort Severing herbeizurufen: der sozialdemokratische Polizeipräsident Steinberg von Frankfurt-Main habe einen NS-Abgeordneten verhaften lassen, um ihm die Teilnahme an der heutigen Landtagssitzung unmöglich zu machen. Dem Nazi solle auf Staatskosten ein Flugzeug nach Berlin zur Verfügung gestellt werden, damit er noch an der Amnestieabstimmung teilnehmen könne.

Die Herbeirufung Severings wird gegen SPD und Zentrum beschlossen. Unterbrechung der Sitzung.

Bei Wiedereröffnung ist Severing noch nicht anwesend.

Freisler verliest einen angeblich von dem Polizeioberleutnant Maass an die NS-Fraktion gerichteten Brief mit belastendem Material gegen Polizeioffiziere. Maass sei vor wenigen Tagen schwer verletzt aufgefunden worden und inzwischen gestorben. (In seinem Dienstzimmer fiel ein Schuß. Die herbeieilenden Beamten fanden Maass mit Schußverletzung und seiner neuen Pistole auf dem Boden liegend; Einschuss rechtes Auge, Ausschuss Hinterkopf; wahrscheinlich Unglücksfall. Bericht des Polizeipräsidenten.) Selbstmord sei ausgeschlossen. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg hätten Mörder gedungen, um die Schandtaten ihres korrupten Systems zu verdecken.

als auch Kommunisten in Gewerkschaften und im Freidenkerverband gespielt haben, im „Funken“ leider häufig berichten müssen. Wir haben es mit Zurückhaltung getan, weil uns nicht daran liegt, Skandalgeschichten zu erörtern, sondern zu helfen.

Jede Fraktionsarbeit muß unbedingt zur Spaltung der Organisation führen; wir haben das praktisch erlebt durch die Abspaltung des kommunistischen Freidenkerverbandes und der RGO. An dieser Abspaltung ist die sozialdemokratische Fraktion nicht weniger schuld als die kommunistische. Genau so wie die heute notwendige weitere Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten in völlig gleicher Weise sabotiert wird.

Es kommt also für alle Freunde einer wahren Einheitsfront darauf an (und zwar muß jeder Einzelne daran helfen: vernünftige Redakteure, Sekretäre und „einfache“ Partei- und Gewerkschaftssoldaten), allen das Handwerk zu legen, die aus

Grzesinski protestiert gegen die ungeheuerlichen Anschuldigungen.

Kube wiederholt die Behauptung, Maass sei im Auftrag der Berliner Polizeileitung ermordet worden.

Überweisung der Angelegenheit an den Polizeiuersuchungsausschuß. Unterbrechung der Sitzung bis zum Eintreffen Severings.

Zum Fall des Frankfurter Nazi-Abgeordneten erklärt Severing: der Nazi sei an der Spitze eines nicht genehmigten Demonstrationszuges festgenommen worden, und das sei in Ordnung. Das Vergehen sei aber nicht so schwer gewesen, daß es deswegen nötig sei, einen Abgeordneten der parlamentarischen „Arbeit“ zu entziehen. Er (Severing) habe daher die Freilassung angeordnet. (Ein überflüssiges Zugeständnis. Red.)

„Und wie kommt er nach Berlin?“, rufen die Nazis. „Das ist seine und Ihre Sache“, antwortet Severing.

Darauf Abstimmung über die Amnestie. 401 Karten werden abgegeben. 244 Abgeordnete stimmen für die Zurückweisung des Einspruchs des Staatsrats; 157 (SPD; Zentrum) stimmen gegen die Zurückweisung, schließen sich also dem Einspruch des Staatsrats an. Da der Einspruch des Staatsrats nur mit Zweidrittelmehrheit hätte zurückgewiesen werden können (Artikel 42, Absatz 3, der preußischen Verfassung), bleibt er zu Recht bestehen.

Kube: „Wir haben weder an der Weiterberatung der Amnestiefrage (der Beratung der Vorlage des Staatsrats. Red.) noch überhaupt an den Beratungen dieses Landtags noch ein Interesse. Wir gehen jetzt ins Volk. Heil Hitler!“

Horst-Wessel-Lied; Kerl verläßt das Präsidium. Die Kommunisten singen die „Internationale“.

Ende.

Kerl ließ unter der Hand die Fraktionen wissen, daß er nicht mehr die Absicht habe, vor dem 31. Juli noch eine Sitzung einzuberufen. Die Kommunisten beantragten baldiges Wiederzusammentreten des Landtags.

Am Mittwoch soll darüber der Ältestenrat entscheiden. Die deutschnationale Fraktion hat die Reichsregierung um sofortiges Eingreifen in Preußen ersucht. Sie hat sie natürlich nicht gebeten, die NS zur Ruhe zu bringen.

Es ist eine alte Uebung von Leuten, die nicht arbeiten mögen, daß sie ein „künstliches Gedränge“ verursachen, um dabei Handtaschen und ähnliche Gegenstände zu maulen. Auf ähnliche Art möchten die NS-Fraktion und die der DNVP in den Besitz des Präsidentenpostens des preußischen Staatsministeriums kommen; denn daß der Kommissar, nach dem sie immer brüllen, einer von ihren Leuten ist, ist klar. So erklärt sich der lämmelhafte Umgangston, der im Preußen-Landtag herrscht.

Die beiden Arbeiter-Fraktionen sollten hier unbeirrt Disziplin wahren und im übrigen die ganze Geschichte zur Kennzeichnung der Nazis ins Land tragen. Vorläufig aber bekämpfen sich die beiden Fraktionen noch — mit Schuld daran auf beiden Seiten. Man gewinnt den Eindruck, daß keine von beiden Parteien den Ernst der Stunde erfaßt hat. Ein ekelregendes Bild für alle Freunde der Arbeiterschaft und des Sozialismus!

dem Sehnen des Proletariats nach der Einheitsfront nur Kapital für den eigenen Apparat schinden wollen, heiße dieser nun SP, KP, eiserno oder rote Front.

Keine dieser Parteien oder Gruppen ist die Einheitsfront, eine bekämpft noch die andere, wie ein Blick in die Zeitung jeden Tag lehrt, auch wenn gelegentlich der eine oder andere der Parteiredner sich gemäßigter benimmt als dies üblich ist.

Die Sabotage der Einheitsfront liegt also tiefer. Sie hat bereits mit der sogenannten Fraktionstätigkeit in den parteiischen Organisationen begonnen. Diese Fraktionsarbeit muß ihre Träger korrumpieren; sie sind geradezu politische Hochstapler mit der einzigen Entschuldigung, daß sie das nicht um ihres persönlichen Vorteils willen sind, sondern ihrer Partei wegen. Der Erfolg bleibt aber derselbe: die Arbeiterbewegung wird ruiniert! Wer also an der Einheitsfront wirksam mitarbeiten will, kann daran schon

in den überparteilichen Organisationen helfen. Dazu gehört unter anderem ein Protest gegen die erzwungene Finanzierung des sozialdemokratischen Wahlkampfes durch die Gewerkschaftsmitglieder. Es ist selbstverständlich gestattet, als Mitglied der Freien Gewerkschaften z. B. Kommunisten zu wählen. Und wer Kommunisten wählt, wüßte offenbar nicht, daß man seine Mitgliedsbeiträge dazu verwendet, sozialdemokratische Wahlreden zu finanzieren. Gewiß kann solche Finanzierung in einer demokratischen Organisation mit Mehrheit beschlossen werden. Es widerspricht aber der Achtung, vor der Ueberzeugung Andersdenkender, Wahlkämpfe anders als durch freiwillige Sammlungen bei denen zu finanzieren, die den Sieg der gerade in Frage stehenden Partei wünschen. Ueber eine Kasse, die auch aus Taschen gespielt wird, deren Besitzer nicht Sozialdemokraten sind, einfach zu Gunsten der SP zu beschließen, halten wir nicht für dienlich für den proletarischen Befreiungskampf. Und die SP würde erstaunt sein, wenn ein Verband des ADGB seine Kasse der SAP zu Wahlzwecken schenkte. Solche Beschlüsse wirken unter allen Umständen verbitternd für die, denen sie aufgezwungen werden, und sei es selbst unter Achtung von demokratischen Formalitäten. Die Parteien mögen sich an ihre Mitglieder oder Wähler wenden mit der Bitte um freiwillige Gaben. Daß sie auf dem Umweg über viele zwischige Wege auch unfreiwillige Beiträge kassieren, beweist, daß sie bei der Freiwilligkeit nicht viel zu erhalten hoffen. Wir schlagen also vor, daß die Gewerkschaften sich bei der Unterstützung von Wahlvorschlägen völlig zurückhalten, und zwar ideell und finanziell. Sie sollen sachlich berichten über die Parteien, aber die Wahl den Kollegen überlassen.

Wir wollen darüber hinaus nicht die Forderung fallen lassen, daß die Leitung des ADGB sich für die gemeinsame Kandidatenliste von SP bis KP einsetzen solle. Wir haben mit Freude gesehen, daß die Leitung des ADGB selber jedenfalls von der obendrein unbegründeten Verherrlichung der SP und der Aufforderung, sie zu wählen, absieht. Aber auch die Leitung großer Einzelverbände geht durchaus Wege, die für das Zustandekommen der Einheitsfront nicht nur Platz lassen, sondern sogar manche Hindernisse beseitigen. Vor allem muß dies vom Metallarbeiter-Verband gesagt werden, dessen Zeitung hier in vielem geradezu vorbildlich ist. Gerade die Kollegen, die uns in bezug auf die Einheitsfront zustimmen, sollten uns unterstützen, die Bedeutung der Freien Gewerkschaften für das Zustandekommen der Einheitsfront dadurch zu erhöhen, daß sie den Kollegen den Rücken stärken, die für sachliche und parteipolitisch neutrale Arbeit der Gewerkschaften Verständnis haben.

Kommunisten wenden gelegentlich ein, eine Einheitsliste mit Sozialdemokraten hätte keinen Sinn; denn es komme nicht darauf an, parlamentarische Illusionen zu nähren, sondern außerparlamentarisch zu kämpfen.

Wenn jede Wahl außerparlamentarische Illusionen nährt, dann müßte die KP sich an der Wahl gar nicht beteiligen. Da sie das tut, ist der von ihr angegebene Grund also eine Ausrede. Auch wir wissen, daß selbst durch eine vereinigte Arbeiterliste die Klassengesellschaft wohl nicht beseitigt werden wird; aber wir wissen, daß zur Beseitigung der Klassengesellschaft die einige Arbeiterschaft nötig ist, wenigstens eine besser und straffer organisierte als die jetzt vorhandene. Und auf dem Wege zu dieser besseren und strafferen Organisation soll der geschlossene Anmarsch zur Wahlurne ein Schritt sein.

Die außerparlamentarische Wucht der parlamentarischen Aktion des Wahlkampfes liegt in der Gemeinsamkeit der Demonstration, die die Wahl am 31. Juli dann darstellen würde.

Ferner: Ein parlamentarischer Sieg der vereinigten Arbeiter würde jedenfalls verhindern, daß eine reaktionäre Regierung sich verfassungsmäßig mit einem Schein des Rechts etablieren könnte. Ein parlamentarischer Sieg der Arbeiterschaft würde jeden, der diesen parlamentarischen Sieg in eine tatsächliche Niederlage umwandeln möchte, nötigen, zu den Waffen oder anderen Unterdrückungsmaßnahmen zu greifen. Auf solche Reaktionen des Klassenfeindes müßte dann selbstverständlich, da die Verfassung von der herrschenden Klasse aufgehoben worden wäre, der entschlossene Abwehrkampf der Arbeiterschaft folgen. Und die Geschlossenheit dieses Kampfes kann mit eingeleitet werden durch die Geschlossenheit beim parlamentarischen Kampf.

Abgesehen davon, bleibt selbstverständlich trotz der Aufstellung einer gemeinsamen Arbeiterliste die Möglichkeit, auch jetzt schon außerparlamentarisch zu arbeiten.

Eine gemeinsame Kandidatenliste hindert keinen Menschen und keine Organisation daran, zu demonstrieren, Häuserschutzstaffeln zu gründen oder gegen ungerechtfertigte Exmittierungen anzugehen. Nicht außerparlamentarischer Kampf oder parlamentarischer Kampf heißt die Entscheidung, sondern außerparlamentarischer und parlamentarischer Kampf, — und zwar jedes dort, wo es sich als zweckmäßig erweist.

Sozialdemokraten pflegen die Forderung der gemeinsamen Liste unter Berufung auf die „Heuchelei“ und „Unehrlichkeit“ der Kommunisten abzulohnen. Hierauf antworten wir: Heuchelei und Unehrlichkeit haben wir auch in der SP genügend gefunden. Wer dies jetzt plötzlich ausmerzen will, der muß für eine Übergangszeit nicht alles auf die Goldwaage legen. Was sollen zum Beispiel Kommunisten zu dem Sozialdemokraten Heilmann sagen, der in Magdeburg in diesen Tagen öffentlich erklärt hat:

„Die Kommunisten weisen immer auf Sowjet-Rußland hin, daß es dort keine Arbeitslosigkeit gibt. In den Zuchthäusern hier in Deutschland gibt es auch keine Arbeitslosigkeit.“

Wenn die Kommunisten nach dem Maß dieser Verkommenheit die ganze SP beurteilen wollten, hätten sie soviel Gründe gegen die Einheitsfront wie die andren gegen sie selber.

## Aufruf.

Jeder Tag, der vergeht,  
Ohne daß die Einheitsfront geschaffen wird,  
Bringt den Faschismus näher.

Genossen, erwacht!  
Ich weiß:  
Ihr seid es müde, länger noch zu warten,  
Ihr habt die Langmut und Geduld  
Mit sogenannten „Führern“ endlich satt!

Gut so, Genossen!  
Laßt doch im Sturmwind Eures heiligen Willens  
Die roten Fahnen wahrer Einheit endlich wehn!

Fort mit den Müden, Aengstlichen, Verzagten!  
Und seht die Führer. Denn: Was zögern sie?  
Fremd sind uns ihre Sorgen und Bedenken.  
Wir wollen nicht kampfflos zugrunde gehn.

Drum auf, zum Sturm!  
Entrollt das rote Banner!  
Millionen warten, alle werden folgen.  
Wir wollen brüderlich die Einheit schaffen,  
Denn nur in diesem Zeichen siegen wir! Kolb.

## Einheitsfront-Illusionen der SPD

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, haben die Parteivorstände der SPD und der Staatspartei unabhängig voneinander über die Frage der Listenverbindung zwischen SPD und Staatspartei beraten. Während der sozialdemokratische Parteivorstand seine grundsätzliche Zustimmung erklärt habe, habe der Parteivorstand der Staatspartei eine derartige Listenverbindung abgelehnt.

Unnötig hat sich die SPD mit dieser Bereitschaftserklärung eine Ohrfeige geholt. Dieses Einheitsfrontangebot nach rechts ist eine nicht zu verantwortende Schädigung der Sache der Einheitsfront der Arbeiter. Welche Prestigeempfindlichkeit bietet der sozialdemokratische Parteivorstand auf, wenn es sich um die Frage der Einheitsfront nach links handelt!

Die SPD muß geradezu von den Bürgern in die Einheitsfront mit den Arbeitern hineingeschlagen werden!

Eine in der Praxis der SPD leider noch heute weitgehend anerkannte Theorie für die Abneigung gegen die Einheitsfront nach links hat vor zehn Jahren Heinrich Cunow entwickelt. Es handelte sich damals um die Frage der Vereinigung von SPD und USPD. In einem Aufsatz: „Einheitsfront-

All dies ist leicht einzusehen. Die Sache der Einheitsfront ist überhaupt nicht so sehr eine Sache des Vorstandes als vielmehr eine der politischen Anständigkeit. Die Parteien sind nach wie vor dabei, zu sabotieren.

Auf der Leitung des ADGB ruht die ganze Verantwortung, diese Sabotage zu durchkreuzen durch einen offenen Aufruf z. B. an die Führung der SPD und der KPD,

auf einer gemeinsamen, unter der Leitung des ADGB stehenden Tagung die Möglichkeiten und Bedingungen zu erörtern für das Zustandekommen der einheitlichen Aktion am 31. Juli. Es ist noch nicht zu spät dazu, die Würfel sind noch nicht gefallen! Diese Aktion sollte so aussehen: Statt der eingereichten Listen 1, 3 und 17 und vielleicht noch anderer proletarischer Listen wird eine einzige Liste eingereicht: „Arbeiterliste“ oder so ähnlich genannt. Das Programm hinter dieser gemeinsamen Liste könnte sich darin erschöpfen, den Kampf gegen den Faschismus, gegen den Lohnabbau, gegen den Abbau der Sozialversicherung und gegen den Abbau der persönlichen Rechte zu fordern. Den Gewerkschaftsführern ist damit im Augenblick die Möglichkeit gegeben, die deutsche Arbeiterschaft in letzter Minute zu entscheidenden Taten zusammenzubringen:

auf ihnen ruht allerdings auch die Verantwortung für alle die unheilvollen Folgen, die aus der Unterlassung dieser entscheidenden Tat entstehen.

Illusionen“ wies Cunow auf folgende „beträchtlichen Nachteile“ einer solchen Wiedervereinigung hin:

„Zunächst würde zweifellos ein Teil der Anhänger aus bürgerlichen Kreisen, die sich uns während des Krieges und nach dem Zusammenbruch angeschlossen haben und heute meist auf dem rechten Flügel unserer Partei stehen: Kleingewerbetreibende, Kleinbauern, Beamte, Angestellte, Angehörige der freien Berufe, wieder nach rechts abschnellen. Zweitens würden wir nicht mehr in dem gleichen Maße wie bisher für die bürgerlichen Parteien der Linken hündnisfähig bleiben.“ („Neue Zeit“ Nr. 16, vom 13. Januar 1922.)

Eine schwächliche Verkennung der Tatsache, daß die SPD nur aus der Arbeiterschaft Kraft ziehen kann! Legt sie es erst auf die Gewinnung der „kleinbürgerlichen schwankenden Masse“ (Lenin) an, so kann die SPD die Konkurrenz mit der nationalsozialistischen, auf Urteilslosigkeit spekulierenden Demagogie nicht aufnehmen.

## Dieser dient nicht dem Heil der Arbeiter.

K.M. Am 6. Juli sprach Heilmann in Magdeburg in einer öffentlichen Kundgebung der SPD, die von etwa 700 Menschen besucht war.

Einige bemerkenswerte Stellen aus seiner Rede: „Im preußischen Landtag sitzen jetzt 162 NS. Es wird dort jetzt aller Quatsch der Welt beschlossen.“

„Je öfter wir Wahlkämpfe haben, desto rascher werden wir

Fortschritte in der politischen Erziehung des deutschen Volkes machen.“

„Die Machteroberung werden die NS nicht erleben, denn die Arbeiterklasse ist kampfbereiter und entschlossener als alle Reaktion.“ (Starker Beifall.)

„Die Eiserne Front hat bei der Reichspräsidentenwahl den Sieg des Faschismus verhindert. Jetzt wollen wir ihn schlagen.“

Außerparlamentarischer Kampf: „Ich halte etwas von Streiks, wenn sie gewonnen werden (!). Generalstreik, antifaschistische Aktion, Gewalt — jedes zu seiner Zeit. Jetzt kommt es auf die Reichstagswahlen an.“

„Wir sollen Vaterlandsverräter, Deserteure sein? Bei uns in der Landtagsfraktion sitzt

die Generation der Frontsoldaten.

Wir haben die Rheinlandbefreiung erreicht, während von Papeu jetzt in Lausanne die Bereitschaft Deutschlands zu Zahlungen in Aussicht stellt.“

„Die Kommunisten weisen immer auf Sowjet-Rußland hin, daß es dort keine Arbeitslosigkeit gibt. In den Zuchthäusern hier in Deutschland gibt es auch keine Arbeitslosigkeit.“

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Jungens, das wird aber Bruch geben!“  
„So ein Ding in eine Kolonne rein...“  
„Es ist also unmöglich, sie von der Straße aus zu werfen. Wir müssen in die Häuser raufgehen und sie von oben durch die Fenster schlendern!“ sagt der Führer der Gruppe, ein großer, schwarzhaariger Werkzeugschlosser.  
„Und wenn sie uns in die Wohnung nicht reinlassen?“  
„Das müssen sie. Wer nicht gutwillig aufmacht, dem schlagen wir die Tür ein!“  
„Und wie lange dauert's, bis sie detoniert?“  
„Bis sechs zählen, und dann schmeißen!“  
„Eine Handgranate geht doch schon bei fünf los?“  
„Schneller gehts nicht. Bei unserer ersten Zündung kreppte sie doch erst bei ‚sechzehn‘, jetzt schon bei ‚acht‘.“  
„Und wieviel haben wir davon?“  
„Sechzig, Sprengstoff noch mehr!“

Der Vorsitzende wendet sich wieder dem letzten Punkt der Tagesordnung zu und bespricht mit einigen Genossen die Verteilung der Vorräte an Pistolen, Handgranaten und Munition. Die übrigen unterhalten sich über den Fortschritt der Bewegung in ihren Betrieben, über neu in die Kampftruppe aufgenommene Genossen, über ihren Vorsitzenden Emil Barth und über die Aussichten baldigen Losschlagens. Ein Fräser aus der Fabrik Kornbusch, der Anarchist Oestreich, erzählt Primelsack, wie er eine Kiste Gewehrmunition nach Weißensee zu einem Genossen in Verwahrung gebracht hat: „Du weißt ja, wie so'n Kasten aussieht, wie eine Bücklingskiste, bloß mit Griffen an beiden Seiten. Ich hab mir den Richard geholt, meinen Bruder. Mit dem weiß ich, wie ich dran bin. Und dann haben wir die Kiste genommen wie sie war, ohne sie weiter einzupacken. Damit sind wir vorn auf der Straßenbahn aufgestiegen. Ich versteh jetzt noch nicht, wieso das geklappt hat und wie wir das so

machen konnten...“ Oestreich wundert sich nachträglich über die Sorglosigkeit und über die Selbstverständlichkeit des Transportes vorn auf der Straßenbahn, neben anderen Fahrgästen und führt diesen Fall als Beispiel dafür an, daß der blinde Glaube an das Gelingen wichtiger sei als lange ausgeklügelte Vorbereitungen:

„Immer grade drauf los, das ist das Beste! Ich habe den Richard bloß gefragt, hast du deinen Browning eingesteckt? „Natürlich, hier in der Hosentasche, ich brauch nur entschleunern, dann geht's los“, sagt der.“

„Genossen, es wird Zeit, daß wir nach der Schicklerstraße rübergehen!“

Einige stehen schon an der Treppe. Sie gehen in die Gaststube hinauf. Oben verteilen sie sich und verlassen unauffällig, einzeln und zu zweien, das Haus.

In der Schicklerstraße 5, auf dem Hof, 2 Treppen, zwischen Konfektionsstuben, Hutfabriken und Tütenklebereien, befinden sich die Räume der Bildungsschule der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. In einem Zimmer sitzen vielleicht vierzig Arbeiter, eingeklemmt zwischen den engen Schulbänken. Weitere zwanzig stehen an den Wänden herum. Auch die nacheinander eintreffenden Mitglieder aus der Sitzung der Stoßtruppführer müssen stehen.

Vollszug der Revolutionären Obleute.

Die Obleute führten im Januar 1918 die Berliner Arbeiter in den Streik: gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und für eine Beendigung des Krieges ohne Annexionen und ohne Entschädigungen. Diese Bewegung entwickelte sich zur ersten geschlossenen Aktion gegen den Imperialismus der Regierung — bis die Gewerkschaftsbürokratie Einfluß gewann, die Abgeordneten Ebert, Scheidemann, Bauer in die Streikleitung eintraten und den Kampf in Verhandlungen ableiteten. Der Minister des Innern, der nur mit den Parlamentariern, aber nicht mit den Arbeitern verhandeln wollte, ließ die Versammlungen verbieten. Das Oberkommando in den Marken verhängte den verschärften Belagerungszustand über Berlin und setzte ein außerordentliches Kriegsgericht ein.

Vierhunderttausend Arbeiter waren der Streikparole ge-

folgt. Zweihundert wurden nach dem Zusammenbruch des Streiks in die Zuchthäuser geschickt, vierzigtausend in die Schützengraben.

Von den Führern der Bewegung kamen nach dem Zusammenbruch des Streiks achtzehn Mann zusammen, um die Organisation neu aufzubauen. Der zum Militär einberufene Vorsitzende Richard Müller brachte in die erste Sitzung Emil Barth mit, der nach Müllers Ausscheiden die Leitung der Obleutebewegung übernahm.

Emil Barth sitzt vorn am Lehrerpult.

Er hört dem Organisator der Stoßtruppführer zu, der ihm über die eben beendete Nachtsitzung berichtet.

Barth sieht anders aus als die auf den Bänken sitzenden Metallarbeiter. Die haben schwere Knochen, sind langsam im Reden und langsam in ihren Bewegungen. Barth liebt die große Phrase und versäumt keine Gelegenheit zu einer Rede. Richard Müller hat ihn zu einer Zeit in den Kreis eingeführt, da ein politisch bekannter Mann den Polizeibehörden gegenüber unmöglich gewesen wäre. Später nannte er ihn einen „Schwadronneur“, Haase bezeichnete ihn als Renommisten, Liebknecht als „wahnwitzigen Revolutionsdilettanten“, Duncker und Spartakusbund als einen „aus Minderwertigkeitsgefühlen zur Macht drängenden Psychopaten“, und Barth quitierte alte Anwürfe damit, daß er die andern „hirnverbrannten“ Generäle der Arbeiterbewegung“ schimpfte, die weltfremd an ihren Schreibtischen saßen und keine blasse Ahnung hätten, wie Revolutionen eigentlich gemacht werden. Als er zu den Obleuten kam, ging er an zwei Stöcken und führte sich als „Kriegszittler“ ein. Jetzt zittert er nicht mehr, er hat es auch aufgegeben, andere darin auszubilden. Die Tätigkeit als Vorsitzender der geheimen Organisation erfüllt ihn ganz. Der aus der tiefsten sozialen Schichtung aufsteigende Barth besitzt gute organisatorische Fähigkeiten und ist von wildem Ehrgeiz getrieben. Die Gelegenheit zu politischer Tätigkeit ergriff er mit fanatischem Eifer.

Die Obleute sind mit ihrem Vorsitzenden, der seine ganze Kraft für die gemeinsame Sache einsetzt, zufrieden. Seine überschwinglichen Reden nehmen sie als notwendiges Übel mit in Kauf. (Fortsetzung folgt.)

# Thälmann ruft — leider nicht richtig.

Meint die KPD die Einheitsfront ehrlich?  
Ist die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteilaufen?  
Können SPD-Arbeiter, Reichsbanner- und Gewerkschaftsmitglieder, die an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen, Mitglieder der SPD bleiben?  
Sieht der Genosse Thälmann in dem Bestreben der SPD-Arbeiter, eine Einheitsfront zu gründen, den ersten Schritt zur Zerschlagung der SPD oder sieht er nur vorbehaltlos den Einheitswillen der Arbeiter, den Faschismus zu brechen?  
Ist im Kampf gegen die Papen-Regierung und dem Faschismus ein Bündnis der KPD mit der SPD möglich?  
Wie steht die KPD zur Einstellung der Beschimpfungen der SPD-Führer?  
Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen Lohn-, Gehalts-, Renten- und Unterstützungsabbau?  
Was sagt die KPD zur SPD-Lösung der „zweiten Republik“?  
Warum bekämpft die KPD die Politik des sogenannten „kleineren Übels“?  
Wie steht die KPD zum sogenannten ADGB-Rettungsprogramm? Wie steht es mit der Abhängigkeit der KPD von der Komintern, von Moskau und der Politik der Sowjetunion?  
Ist das russische Beispiel in Deutschland durchführbar?

Diese Fragen wurden, wie die „Rote Fahne“ berichtet, am Freitag von langjährigen sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern und Funktionären Thälmann, Pieck und anderen Vertretern des Zentralkomitees der KPD vorgelegt. Zu diesem Zweck waren die Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler aus allen Teilen des Reiches ins Karl-Liebknecht-Haus nach Berlin gekommen. Ueber die „von ernstester Verantwortlichkeit gegenüber der Klasse

beherrscht“, über fünf Stunden sich erstreckende Aussprache will die KP in einer Broschüre berichten.

Diese Konferenz ist offenbar als Auftakt zum „Einheitskongress gegen den Faschismus“ gedacht, zu dem von den Berliner Litfaß-Säulen „Thälmann ruft“ — nicht ohne dabei die Hindenburg-Politik der SPD-Führer „anzuprangern“.

Es ist klar, daß diejenigen, von deren Verständigung die Einheitsfront entscheidend abhängt, bei der Konferenz im Karl-Liebknecht-Haus nicht zusammensaßen. Die Führer der verschiedenen Organisationen müssen sich endlich an einen Tisch setzen zu Vereinbarungen über die Durchführung der Einheitsfront. Für alle anderen Unternehmungen sind die Worte: „ernsteste Verantwortlichkeit gegenüber der Klasse“ sicher zu hoch gegriffen; und den Erfindungsgeist, den Thälmann aufbietet, um das Verlangen der Arbeiter nach Einheitsfront mit einem Ersatz zu befriedigen, sollte er lieber auf die eine Frage konzentrieren: wie bringe ich Leipart und Wels zu einer Aussprache mit mir zusammen?

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Schumacher, hat mit folgenden Worten den Nagel auf den Kopf getroffen:

„Wer den Sehnsuchtsgedanken der Proleten nach Einigkeit zu einem parteiegoistischen Geschäft mißbrauchen will, schädigt die Arbeiterklasse mehr als jeder Faschist. Wir können diese Politik . . . nur treiben, wenn die Kommunisten und auch wir aufhören mit der Politik der sogenannten Entlarvungspolitik. Wer das nicht will, der kann von morgens bis Mitternacht reden, er wird ein Lump sein, der euch betrügt.“ (In einer Versammlung in Augsburg, Anfang Juli.)

Wann wird das ZK auf diese Stimmung der gequälten Proletarier eingehen und eine weitherzige und großzügige Einheitsfrontpolitik einleiten — wann wird der SP-Vorstand, wann die ADGB-Leitung dem Rechnung tragen?

## „Rote Einheitsfront.“

E. I. Berlin, 8. Juni.

Ueber dieses Thema sprach Ernst Schneller in einer gut besuchten, von der KP einberufenen Versammlung. „Noch nie ist der Wille zur Einheitsfront so groß, noch nie ist die Situation so günstig gewesen für die Einheitsfront, wie jetzt, und noch nie ist die Einheitsfront auch von sozialdemokratischen Arbeitern so stark verlangt worden wie jetzt.“ Nach allgemeinen Ausführungen über die politische und die wirtschaftliche Lage stellte Schneller die Forderung auf: Alles was in den Arbeiterorganisationen getan wird, soll unter dem Zeichen stehen: dient es den Interessen der Arbeiterklasse oder nicht? Die Forderung der Sozialdemokratie, in diesem Wahlkampf die Kritik zu unterlassen, könne nicht angenommen werden. Außerdem könne durch eine „Wahl“ der Faschismus nicht entscheidend geschlagen werden, sondern es käme darauf an, den Massenstreik zu organisieren und . . . Die weitere Schlussfolgerung verkniff sich Schneller, doch genügte diese Andeutung dem Polizeileutnant, ihn zu verwarren. Danach zog Schneller einen Vergleich zwischen Demonstrationen in Deutschland und in Rußland: In Rußland demonstrierten die Arbeiter mit den Gewehren in der Hand. Nach diesem Satz wurde Schneller für diesen Abend das Reden verboten. Auch einer der Diskussionsredner erregte Anstoß bei der Schupo, die dann die Versammlung auflöste.

Gewiß hätte sich manches vorsichtiger sagen lassen, ohne die Schupo so zu ärgern; aber man sieht, wie wenig Rechte die Arbeiterschaft hat und wie nötig ein einheitlich geführter Kampf ist. So kann auch die Auflösung schließlich noch für die Einheitsfront nutzbar gemacht werden.

Eine Amnestie für politische Vergehen (ausgenommen Verrat militärischer Geheimnisse), die bis zum 17. Juni begangen wurden, hat die oldenburgische Nazi-Regierung angeordnet. Die Rücksicht auf die Wünsche Schleichers ist an der einschränkenden Bedingung deutlich erkennbar.

## Hessischer Landtag.

Der neue hessische Landtag trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte sich den Nazi Werner, der bereits dem vorigen Landtag präsiert hat, zum Präsidenten, mit 45 gegen 25 Stimmen.

In gemeinsamer Front mit den Nazis stimmten die Kommunisten im Hessischen Landtag für die Aberufung des hessischen Innenministers, des Sozialdemokraten Leuschner. Das ist ein Beispiel für die Art von Abstimmungen, die von den Sozialdemokraten mit Recht beanstandet werden, wenn es sich um die Frage der Einheitsfront handelt. Es ist klar, daß der Einheitsfront durch solche „Aktionen“ schwere Schläge versetzt werden.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die hessische Gesamtregierung wurde bei Stimmenthaltung aller übrigen Parteien angenommen.

Die Wahl des hessischen Staatspräsidenten verlief am Freitag im ersten Wahlgang ergebnislos: der NS Werner erhielt 35, der Sozialdemokrat Adeling 17, Kirnberger vom Zentrum 10 und der Kommunist Keil 8 Stimmen. Der zweite Wahlgang fand nicht statt; die Wahl wurde auf Antrag verschiedener Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt. Man solle erst einmal über die Grundlage der Regierungsbildung verhandeln, meinte das Zentrum. Sehr weise! Nur hätte man das auch vorher wissen können.

Der Verfassungsfeiertag (11. August) wurde für Hessen durch einen Beschluß des Landtages auf Antrag der Nazis aufgehoben.

Zur Untersuchung der Geschäftsführung des preussischen Finanzministers Klepper hat der Preussische Landtag einen Untersuchungsausschuß von 29 Abgeordneten eingesetzt. Es handelt sich um Geschäfte mit der Deutschen Pächterkreditbank und der Domänenbetriebsgesellschaft. Die Einsetzung des Ausschusses war von NS und Deutschnationalen beantragt worden.

## „Wahrung der Rechte der Volksvertretung.“

Komödie von Strasser.

Nachdem Strasser die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages zunächst mit der Begründung abgelehnt hatte, er sei nicht sicher, ob eine Mehrheit der Ausschußmitglieder die Einberufung wünschten, nachdem er, als dann eine Mehrheit des Ausschusses die Einberufung beantragte, die Entscheidung hinausgezögert hatte, hat er jetzt endlich Farbe bekant: er lehnt die Einberufung ab.

Die Gründe sind natürlich vorgeschoben: für die vorliegenden Anträge sei der Ausschuß nicht zuständig; er sei nur dazu da, Verfassungsverletzungen zu verhindern; das deutsche Volk habe am alten Reichstag und dessen Ausschüssen kein Interesse mehr.

Diese Vorwände werden durch den Wortlaut des Artikels 85, Absatz 2, der Reichsverfassung entkräftet:

„Der Reichstag besteht ferner zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit außerhalb der Tagung und nach Beendigung außerhalb einer Wahlperiode einen ständigen Ausschuß.“

Jetzt steht es bei Löbe, Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber Strasser zu ergreifen — und zwar mit der Eile, die das Reichsgericht beim Verbot des „Vorwärts“ zeigte!

## SA herrscht auf der Straße trotz Polizei.

La. Am Freitag vormittag kam es in Frankfurt a. M. zu starken Ausschreitungen seitens von einer Beerdigung heimkehrenden SA-Leute. Die wohl schon auf dem Friedhof aufgeputschten Strolche fielen ohne Anlaß über Passanten her und verprügelten sie. Die wenigen Polizisten waren gegen die Haufen machtlos, doch bestand bei ihnen wohl auch keine Neigung zu ernsthaftem Vorgehen gegen die Störenfriede. Die berittenen Polizisten markierten Beschäftigung mit dem Beruhigen ihrer Pferde, während auf Armlänge von ihnen entfernt Passanten angefallen, geschlagen und getreten, gegen die haltenden Wagen der Straßenbahn gestoßen und sogar vor im Fahren befindlichen Wagen geschleift wurden. Als dann neue Polizeiabteilungen kamen, spielten die Mordgesellen die Friedfertigen, setzten sich auf die Straße und die Treppenstufen vor der Börse, um die Weisungen ihrer Führer entgegenzunehmen. Diese hielten dann noch provozierende Reden, in denen sie sich über die Polizei beklagten, die sie nicht in Schutz gegen Rotmord nehme. „Die Stunde wird kommen, da wir dafür Herrn Steinberg (das ist der sozialdemokratische Polizeipräsident Frankfurts! La.) den Garaus machen werden!“ konnte der Redner unter tosendem Beifall seiner Kumpane ausrufen, ohne daß die Polizei gegen ihn eingeschritten wäre.

## Kommunisten verurteilt.

Im Anschluß an die Erschießung eines Nazi.

Gegen Kommunisten verhandelte wegen der Erschießung eines Nazi, die in der Nacht vor den Preußenwahlen in der Möckerstraße in Berlin erfolgte, das Schwurgericht beim Landgericht II in Berlin.

Das Verfahren gegen die des Schießens bezichtigten Kommunisten Mels und Hoffmann wurde abgetrennt, da der flüchtige Kommunist Mellnitz sich in einem Briefe als den Täter bezeichnet hat. Erst eine Gegenüberstellung von Mels und Mellnitz kann nach Ansicht des Gerichts den Sachverhalt klären. Der Staatsanwalt hatte sehr hohe Zuchthausstrafen beantragt: gegen Mels elf Jahre, gegen Hoffmann fünf Jahre.

Mels wurde wegen versuchten Totschlages und unbefugten Waffenbesitzes zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Hoffmann freigesprochen. Ein anderer Kommunist erhielt zehn Wochen Gefängnis.

Nach dem Rücktritt der thüringischen Regierung hat die sozialdemokratische Fraktion des thüringischen Landtages dessen sofortige Auflösung und Neuwahl am 31. Juli beantragt.

# Neues aus der Naturwissenschaft.

## 1. Warum heißt der Waschbär „Waschbär“.

Weil er, wie schon in BREHMS „Tierleben“ zu lesen ist, „die Eigentümlichkeit hat, seine Nahrung vorher in das Wasser zu tauchen und hier zwischen den Vorderpfoten zu reiben, sie gleichsam zu waschen“. Aber warum wäscht er denn? Keineswegs, wie man meinen könnte, aus einem Reinlichkeitsinstinkt, sondern — wie neuere Beobachtungen zeigen — weil es ihm einfach Spaß macht, Gegenstände unter Wasser zu reiben. Er tut es nämlich nicht nur mit dem Futter, sondern auch mit anderen Gegenständen, die ihm unter die Pfoten kommen, z. B. mit Kieselsteinen, Ziegelsteinen und Eisstücken. Alle diese Dinge werden aus bloßem Spieltrieb unter Wasser zwischen den Pfoten gerieben. Was sich zum „Waschen“ nicht eignet, eignet sich unter Umständen zum Beißen, so werden zum Beispiel Korkpfropfen oder Gummibälle aus lauter Vergnügen am Beißen in den Mund genommen.

## 2. Vitaminentstehung.

Von Vitaminen spricht heute jedermann (oftmals sogar reichlich viel). Jeder weiß auch, daß die Vitamine vor allem in Pflanzen enthalten sind und daß man ohne den Genuß dieser vitaminhaltigen Pflanzen erkranken kann. Z. B. gibt es in Pflanzen das antirachitische Vitamin und wenn wir dieses Vitamin nicht zu uns nehmen, so sind wir der Gefahr ausgesetzt, an Rachitis zu erkranken. Wie kommen nun diese Vitamine in die Pflanzen hinein? Die Pflanze bildet sie selber, aber nicht immer, im Gewächshaus z. B. nicht. So bildet Spinat im Gewächshaus kein antirachitisches Vitamin, wohl aber, wenn er im Sonnenlicht wächst. Jedoch kann man diesen Mangel der Gewächshauspflanzen beheben, wenn

man eine Bestrahlung der Pflanzen mit einer Quecksilberquarzlampe vornimmt. Solche Lampen strahlen nämlich ultraviolettes Licht aus. Und gerade die ultravioletten Strahlen, die auch im Sonnenlicht enthalten sind, von den Gewächshauspflanzen aber zurückgehalten werden, sind für die Vitaminbildung in der Pflanze entscheidend.

## 3. Kunstlichtkulturen.

So etwas kennt man in Deutschland kaum, wohl aber in den landwirtschaftlich und gärtnerisch fortschrittlichen Holland. Dort werden ausgedehnte und erfolgreiche Versuche vorgenommen, um mit Hilfe von künstlichem Licht während des Winters im Gewächshaus Kulturpflanzen (z. B. Erdbeeren und Maiblumen) aufzuziehen.

## 4. Zwillingforschung.

Die überraschende und bis ins das hohe Lebensalter bleibende Ähnlichkeit der Zwillinge hat schon manchen in Erstaunen versetzt. Immerhin können im Laufe der Zeit zwischen Zwillingsgeschwistern auch einige Verschiedenheiten auftreten und man hat sich lange darüber gestritten, ob diese Verschiedenheiten sich aus verschiedenen Umweltbedingungen erklären, denen die Zwillinge ausgesetzt waren oder ob nicht doch auch die erblichen Anlagen etwas unterschiedlich waren. Aus neueren Untersuchungen darf geschlossen werden, daß die erblichen Anlagen der Zwillinge immer übereinstimmen, späterer Unterschiede in dem Aussehen der Zwillingsgeschwister erklären sich also nur aus Unterschieden in den Lebensbedingungen. Dies gilt natürlich nur für die sogenannten eineiigen Zwillinge, also für solche, die entstanden sind, weil sich aus einer Eizelle ausnahmsweise zwei Embryonen gebildet haben. Anders steht es begreiflicher Weise mit solchen Geschwistern, die sich aus zwei verschiedenen aber ausnahmsweise gleichzeitig befruchteten Eizellen entwickelt haben.

Die Zwillingforschung ist, zumal wenn es als richtig anerkannt wird, daß die Erbanlagen der eineiigen Zwillinge genau übereinstimmen, für die Medizin sehr bedeutungsvoll. Z. B. kann man, je nachdem ob eine Krankheit nur bei einem oder bei beiden Zwillingen-Geschwistern auftritt, entscheiden, ob diese Krankheit auf der Einwirkung ungünstiger Lebensbedingungen beruht, oder durch erbliche Anlagen bedingt ist.

Einige Erfolge dieser medizinischen Zwillingforschung: Sommersprossen sind erblich bedingt, ebenso (in der Regel) Kurzsichtigkeit und Weitsichtigkeit, gewisse Anomalien in der Stellung der Zähne. Auch die Empfänglichkeit (Disposition) für Infektionskrankheiten ist zum großen Teil erblich. (Dies ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die Infektionskrankheiten durch Bakterien, also von außen verursacht werden; es fragt sich eben, ob die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheitserreger erblich ist oder nicht.) Vor allem bei der Empfänglichkeit für Keuchhusten und Masern spielen die Erbanlagen eine sehr wichtige Rolle. Bg.

## Keimtötende Wirkung des Linoleums.

F. D. Schon seit längerer Zeit war bekannt, daß Linoleum eine keimtötende Wirkung ausübt. Neuerdings hat Professor Lehmann vom Hygienischen Institut der Universität Würzburg in zweijährigen Versuchen diese Tatsache von neuem bestätigt. Eiterkokken verschiedener Art und Typhuskeime wurden in etwa 500 Versuchen in einer Dichte von 250 000 bis 200 000 Keimen auf den Quadratzentimeter aufgetragen. Innerhalb von 24 Stunden waren die Keime so gut wie restlos vernichtet. Auch bereits 29 Jahre altes Linoleum zeigte eine kaum gehemmte Wirkung. Bohnerwachs hemmte die Wirkung nur kurze Zeit. Die Abtötungskraft des Linoleums wird hauptsächlich durch einen im Leinöl vorhandenen Stoff, das Linoxyn, hervorgerufen, wobei das Kolophonium diese Wirkung noch unterstützt. Beschleunigt wird die keimtötende Wirkung des Linoleums durch häufiges Anfeuchten.

## Die Paragraphen bestimmen . . .!

E. W. Es kommt jetzt immer häufiger vor, daß arbeitslos gewesene Arbeiter wieder aus ihrer neuen Arbeitsstätte entlassen werden sollen, bevor sie neuerdings ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Hier und da läßt sich dann ein Unternehmer bestimmen, diese Arbeiter noch ein paar Wochen länger zu beschäftigen, damit sie anstelle der Wohlfahrtsunterstützung die höhere Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Aber, mein lieber Unternehmer, weißt du auch, was du dir auf den Hals geladen hast? Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kann dich auf Grund des § 217 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die an den Arbeiter bezahlte Unterstützung ersatzpflichtig machen, wenn sie dahinter kommt, daß du einmal hast auf Lager arbeiten lassen, obgleich es nicht unbedingt notwendig war.

Und wenn du dich von diesem Schreck erholt hast, kommt der Staatsanwalt, zitiert dich vor Gericht und brummt dir eine Strafe auf. Du sollst also in Zukunft einen ausgelerten Lehrling sofort auf die Straße setzen, wenn du ihn nicht behalten kannst, auch wenn er nicht bei seinen Eltern wohnt. Einen Familienvater mußt du entlassen, auch wenn er nur noch acht Tage zu arbeiten brauchte, um wieder Arbeitslosenunterstützung zu erhalten, sofern du nicht nachweisen kannst, daß du für ihn Arbeit hast. Es könnte ja sonst sein, daß der Staat an die Arbeitslosenversicherung Zuschüsse zahlen müßte, anstatt Herrn Flicks Aktien zu kaufen oder die Osthilfe zu fördern!

## Der Vormarsch der Streikenden.

Der belgische Kohlenstreik hat sich auf das Kohlengebiet von Borinage und das Becken von Charleroi ausgedehnt. In der Metallindustrie flammen Solidaritätsstreiks auf. Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter stehen im Streik zusammen; auch die christlichen Arbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Arbeiter verweigern in den Kohlengruben sogar die Bedienung der Pumpen; in einige Schächte ist bereits Wasser eingedrungen. Damit sind die ersten Opfer in diesem Kampf gefallen: sie gehören den elendesten Arbeitssklaven an, die unter Tage ihr Leben verbringen: 20 Pferde sind in den Gruben ertrunken.

Das Reichskabinett tritt am Montag vormittag zusammen, um den Bericht des am Sonntag mittag wieder eintreffenden Reichskanzler von Papen über Verlauf und Ausgang der Lausanner Verhandlungen entgegenzunehmen. Auch die übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung werden bis zu diesem Zeitpunkt wieder in Berlin sein, mit Ausnahme des Reichsaußenministers von Neurath, der noch einige Tage in Genf bleibt. Etwa Mitte der Woche wird sich Reichskanzler von Papen nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten persönlich über Lausanne zu berichten.

Das nationalsozialistische „Frankfurter Volksblatt“, das in letzter Zeit die Frankfurter Polizei und den Frankfurter Polizeipräsidenten angegriffen hatte, ist vom 10. bis 19. Juli verboten worden.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Bezirk Neukölln: Mittwoch, den 13. Juli, 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

**Köln-Dellbrück:** Mittwoch, 13. Juli, 20.15 Uhr, im Lokal Rinke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?“

**Freie Aussprache! Eintritt freil!**

# Ursachen der Arbeitslosigkeit.

## Viele Erklärungen machen die Ursache schwerer erklärbar.

In einer Sonderheft der „Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung“ veröffentlicht Dr. Anton Reithinger eine Untersuchung über den Stand und die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

1931 hätten von einer Gesamtbevölkerung von 61,5 Millionen Menschen 33,2 Millionen einen Beruf ausgeübt, wenn genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden gewesen wäre. Davon waren im Juni 1931 mehr als ein Zehntel, im Februar 1932 rund ein Fünftel arbeitslos. An erster Stelle steht Sachsen mit 18,6 Prozent im Juni 1931 und 26,3 Prozent im Februar 1932. Betrachtet man die Arbeiterschaft allein, so waren im Juni 1931 über ein Fünftel und im Februar 1932 über ein Drittel der Erwerbswilligen arbeitslos. Zieht man den Kreis noch enger und schaltet man die landwirtschaftlichen Arbeiter aus, so ergibt sich:

**Im Sommer 1931 war mehr als der vierte Teil und im Februar 1932 fast die Hälfte der industriellen Arbeiterschaft arbeitslos.**

Im Verlauf der Krise hat sich das Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf verschiedenen Wirtschaftsgebieten ganz verschieden entwickelt. Während sich die Arbeitslosigkeit der gesamten gewerblichen Arbeiterschaft vom Winter 1929 bis Winter 1931 etwa verdoppelt hat, ist sie im Bergbau auf das Sechsfache, in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie auf das Vierfache, in der Metallindustrie auf mehr als das Dreifache, in der Textilindustrie auf das Dreifache, in der Leder-, Kautschuk- und Holzindustrie etwa auf das Zweieinhalbfache und in Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe etwa auf das Doppelte angestiegen. Im Baugewerbe und in der verwandten Industrie der Steine und Erden war bereits im Winter 1929 ein Tiefstand erreicht, der eine wesentliche Verschlechterung nicht mehr zuließ.

Wir heben hier aus der umfangreichen Untersuchung Reithingers zwei Teiluntersuchungen heraus.

Ueber die Bevölkerungsbewegung als Ursache der Arbeitslosigkeit stellt er fest:

Infolge des Altersaufbaues des deutschen Volkskörpers hat sich trotz der Kriegsverluste eine Zunahme der Erwerbsfähigen um 5 Millionen im Jahre 1925 gegenüber dem Jahre 1910 ergeben.

**Von 1925 bis 1931 ist ein weiterer Zuwachs der Erwerbsfähigen um 2,5 Millionen eingetreten.**

Hiernach läßt sich von 1925 bis 1931 für die Erwerbswilligen ein Zuwachs um 1,4 Millionen errechnen. Dadurch ist in erster Linie der Arbeitsmarkt des Gewerbes und noch mehr der Industrie, dagegen nur in sehr geringem Umfange derjenige der Landwirtschaft belastet worden.

Da von 1931 an die schwach besetzten Kriegsgeburtensjahrgänge in das erwerbsfähige Alter eintreten, ist bis zum Jahre 1935 von dieser Seite her eine wesentliche Belastung des Arbeitsmarktes nicht mehr zu erwarten.

Bei der Untersuchung der Verminderung der Arbeitsmenge durch Vergrößerung des Leistungseffekts kommt

er zu dem Ergebnis, daß die stärksten Steigerungen der durchschnittlichen Arbeitsstundenleistung unter den Produktionsmittelindustrien der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, die Eisen- und Stahlwarenindustrie, der Bergbau und die Großeisenindustrie aufweisen. Hier stellt er Arbeitsleistungssteigerungen von 25 bis 15 Prozent fest. In anderen Produktionsmittelindustrien, die sich in den vergangenen Jahren erheblich motorisiert haben, betragen die Steigerungen 16 bis 13 Prozent, in den noch weitgehend handwerklich und kleingewerblich organisierten Industrien, wie Industrie der Steine und Erden, Papierindustrie, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe rund 10 Prozent.

In den beiden Verbrauchsgüterindustrien, Textilindustrie und Lederindustrie, traten erst 1930 organisationstechnisch zu bewertende Leistungssteigerungen auf. In der Textilindustrie betrug die Arbeitsleistungssteigerung gegen 1926 10 Prozent, in der Lederindustrie 5 Prozent.

Während in den Jahren 1927/1929 die durch die fortschreitende Steigerung der Arbeitsleistung bedingte Schrumpfung der Arbeitsstundenzahl durch die Vergrößerung der Produktions- und Umsatzmenge verdeckt wird, tritt sie erst in voller Schärfe in den Jahren 1930 und 1931, in denen die Produktionsmenge wieder der Größe des Jahres 1926 etwa gleichkommt, in Erscheinung. Die um über 10 Prozent höhere Produktionsmenge des Jahres 1930 wurde mit einer unter dem Durchschnitt des Jahres 1926 liegenden Arbeitsstundenzahl geleistet und die nur wenig unter der Größenordnung des Jahres 1926 liegende Produktionsmenge des Jahres 1931 erforderte eine um fast 20 Prozent geringere Arbeitsmenge.

Die Arbeitslosigkeit von 3,7 Millionen Industriearbeitern im Jahre 1931 setzt sich nach der Untersuchung wie folgt zusammen:

Zuwachs an Erwerbswilligen seit 1926 . . . . .	0,6 Millionen
Arbeitsersparnis durch Vergrößerung des Leistungseffekts seit 1926 . . . . .	1,0 Million
Verminderung der Produktionsmenge gegen 1926 . . . . .	0,5 Millionen
Dazu Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 . . . . .	1,6 Millionen
	<b>3,7 Millionen</b>

Das sind alles ganz interessante Untersuchungen, die manche Tatsachen besser verstehen lassen. Aber schon der gesunde Menschenverstand reicht aus zu der Feststellung: Wenn innerhalb einer Bevölkerung mehr Menschen erwerbswillig sind, so müßte das doch eigentlich dazu führen, daß die gesamte Bevölkerung (einschließlich der Kinder, Greise, Kranken u. s. w.) besser mit Gütern versorgt ist. Ferner: Wenn infolge Rationalisierung die Leistung des einzelnen Arbeiters, gemessen am Produkt, steigt, dann müßte das doch eigentlich zur Folge haben, daß auch aus diesem Grund die Bevölkerung besser mit Gütern versorgt ist. — es sei denn, daß man sich etwa dahin entscheidet, die Arbeitszeit allgemein zu verkürzen. Die im Anschluß an Reithingers Untersuchung zusammengefassten Tatsachen machen die heutige Not also höchstens noch schwerer erklärbar!

## Quittung

über Spenden für den Werbefonds des „Funkens“.

E. B. in B. 10,—, E. S. in B. 2,50, E. M. in D. 5,—, M. H. in B. 140,—, M. F. in G. 6,—, R. K. M. in L. 10,—, H. W. in B. 6,—, F. L. in K. 10,—, L. u. K. B. in H. 220,—, E. F. in F. 5,—, S. B. in M. 45,—, A. H. in H. 10,—, Unbekannt in M. 2,55, H. D. in G. 12,50, G. B. in B. 5,— Mark.

## „Deutsche Friedensgesellschaft, Berlin-Nordwest“

Sonntag, den 10. Juli, drittes Sommertreffen in Freibad Müggelsee. Treffpunkt ab 11 Uhr alle vollen Stunden an der Freitreppe. (Straßenbahn 187 oder Vorortbahn bis Rahnsdorf).  
Montag, den 11. Juli 1932, 20.30 Uhr, Arminius-Festsäle, Bremer Str. 72/73 (Eingang durch das Restaurant). Dr. Dora Fabian spricht über: „Weltpolitische Gefahren und Reichstagswahl“. Gäste willkommen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin, Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

## Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

**Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.**

MINNA SPECHT:

**Die politische Bedeutung des Charakters.**

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

**Erstklassige Maßarbeit**

Herren-Anzüge  
Mäntel  
Damen-Mäntel  
Kostüme  
Tadelloser Sitz

**Schönheit**  
MAGDEBURG  
O. v. Guerickestr.  
104, H. r. l.  
Stoffmuster  
vorrätig.

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 8 Wedding 2358  
Bei Vorzug. d. Inserates 5% Rabatt!

**Bürobedarfsartikel.**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen.  
**A. H. Timmermann.**  
Hamburg / Barcastraße 8.  
Telephon: 25 53 42.

Freunde  
und Leser des  
„Funkens“!  
**Unterstützt  
Eure  
Zeitung!**  
Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Bevorzugt bei Einhalten  
unsere Inserenten!

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



**druckt** Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

**„Ihr Apfelsaft  
schmeckt ausgezeichnet,**  
senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig,  
10 Flaschen nur 5,40 Mark.  
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab  
6. Juli: Silly: Ein Mitternachtsspek.  
Flick und Flockie  
im Gespensterschloß.

C. Th. Dreyer: Die seltsamen  
Erlbnisse des David Gray  
(Vampir).

Aufangsszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Soeben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:

## Die bessere Sicherheit.

**Ketzereien eines revolutionären Revisionisten.**

Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark.

**Kritische**

## Auseinandersetzung

mit dem „historischen Materialismus“.

In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die „bessere Sicherheit“ für die Erreichung des Sozialismus!

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

# Endlich Abschluß in Lausanne.

Nach einem Hin und Her von drei Wochen ist ein Abschluß erreicht worden. Ein umfangreicher Vertragstext liegt vor; die englische und französische Fassung wird Gesetzeskraft erhalten, eine amtliche deutsche Übersetzung ist noch nicht hergestellt worden.

Der Text zerfällt in fünf Abschnitte; der entscheidende ist der erste, der das Reparationsabkommen in Deutschland betrifft, dann folgen: Übergangsmaßnahmen für Deutschland, Bestimmungen über die osteuropäischen Reparationen, wirtschaftliche Entschließungen über Ost- und Mitteleuropa und endlich eine Entschließung über die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Die wichtigsten Punkte des Reparationsabkommens mit Deutschland sind die folgenden.

Das Abkommen beginnt mit einer Präambel, in der die Unterzeichner ihre Bereitschaft aussprechen, ein Abkommen zu schließen, das dazu diene, das zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Europas nötige Vertrauen zu sichern:

„Die unterzeichneten Staaten des gegenwärtigen Abkommens sind in Lausanne zusammengetreten, um eines der Probleme des Weltkrieges mit dem ehrlichen Wunsche zu regeln, zur Bildung einer neuen Ordnung beizutragen, die die Schaffung und Entwicklung des Vertrauens zwischen den Völkern im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit fördert. Die Mächte sind nicht der Ansicht, daß das in Lausanne geschaffene Werk, das vollständig den Reparationen ein Ende bereitet, genügt, um den Frieden zu erreichen, den die Völker wünschen. Jedoch hoffen sie, daß diese Erkenntnisse in sich selbst so bedeutend sind und so große Bemühungen notwendig gemacht haben, daß sie von allen friedlichen Elementen Europas und der Welt verstanden und richtig geschätzt werden und daß neue Werke folgen werden. Diese Taten werden umso leichter durchzuführen sein, als die Völker diesen neuen Schritt zu einem wahren Frieden unterstützen, der, um vollständig zu sein, sich gleichmäßig auf die wirtschaftliche und politische Ordnung beziehen muß, wie sie auch jeden Appell zu Gewalt oder zu den Waffen zurückweisen. Die Unterzeichnermächte des gegenwärtigen Abkommens werden sich daher bemühen, die gegenwärtig gestellten Probleme oder diejenigen Probleme, die später gestellt werden, in dem gleichen Geiste zu lösen, der dieses Abkommen besetzt.“

## Artikel 1.

Die deutsche Regierung übergibt der BIZ die Schuldverschreibungen der deutschen Regierung zu 5 Prozent für einen Gesamtbetrag von drei Milliarden GM auf der Grundlage der gegenwärtigen Währung unter folgenden Bedingungen:

1. Die BIZ übernimmt die Schuldverschreibungen als Treuhänder.

2. Die Schuldverschreibungen können von der BIZ erst nach Ablauf einer Periode von drei Jahren von dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens begeben werden. 15 Jahre nach der Unterzeichnung werden diejenigen Schuldverschreibungen, die bisher von der BIZ nicht untergebracht sind, annulliert.

3. Nach dem Ablauf der dreijährigen Frist wird die BIZ die Schuldverschreibungen auf dem Wege der öffentlichen Emission auf den Markt nach Maßgabe der Möglichkeiten begeben, und zwar derartige Beträge, welche sie für zweckmäßig erachtet, jedoch unter dem Vorbehalt, daß keine Emission unter einem Kurs von 90 Prozent stattfinden darf.

4. Die Schuldverschreibungen tragen einen Zinssatz von 5 Prozent und 1 Prozent Amortisierung vom Datum der Emission an. Sie sind von allen gegenwärtigen und künftigen deutschen Steuern befreit.

5. Die Einkünfte der Schuldverschreibungen werden nach Maßgabe der Ausgabe auf ein Spezialkonto gesetzt, über dessen Verfügung ein künftiges Abkommen zwischen den übrigen Signatarmächten entscheidet.

6. Im Falle, daß irgendwelche Anleihen von der deutschen Regierung im Auslande mit oder ohne ihre Garantie aufgelegt werden, wird die deutsche Regierung bis zu einer Höhe von einem Drittel des Nettoeinkommens dieser Anleihen zum Rückkauf der im Besitz der BIZ befindlichen Schuldverschreibungen verwenden. Die Höhe des Rückkaufes muß derart sein, daß der Nettobetrag der zurückgekauften Schuldverschreibungen der gleiche ist wie ein Drittel des Nettobetrags der gegebenen Anleihe.

7. Falls zu irgend einem Zeitpunkt nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Abkommens die BIZ der Ansicht ist, daß der Kredit der deutschen Regierung wiederhergestellt ist, jedoch die Anleihekurse nichtdestoweniger unterhalb des Mindestpreises der Emission liegen, so kann der Mindestpreis durch Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates der Internationalen Bank geändert werden.

## Artikel II.

Von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens an beendet und ersetzt das vorliegende Abkommen das Reparationsabkommen des Haager Abkommens vom 20. Januar 1930, des Londoner Abkommens vom 11. August 1931 und des Berliner Abkommens vom 6. Juni 1932. Die Verpflichtungen dieses vorliegenden Abkommens ersetzen vollständig die vorhergehenden Verpflichtungen Deutschlands, die in den Jahreszahlungen des „neuen Planes“ zusammengefaßt waren.

## Artikel VII.

Die Signatarstaaten erklären, daß nichts in dem gegenwärtigen Abkommen herabgesetzt oder ändert die Rechte der Inhaber der Obligationen der auswärtigen deutschen Anleihe von 1924 oder der internationalen 5/4-prozentigen Anleihe der deutschen Regierung (Dawes-Anleihe und Young-Anleihe).

## Artikel IX.

Jede Meinungsverschiedenheit, sei es zwischen den Signatarmächten des gegenwärtigen Abkommens, sei es zwischen einem oder mehreren unter ihnen einerseits und der BIZ andererseits, wird Gegenstand einer Auslegung oder einer Anwendung des gegenwärtigen Abkommens durch ein Schiedsgericht sein, das auf der Grundlage des Artikels 4 des Haager Abkommens in Deutschland gebildet wird.

Unterzeichnet in Lausanne, den 9. Juli 1932, auf einem einzigen Exemplar, das in dem Archiv der Französischen Republik niedergelegt wird, die ihrerseits eine beglaubigte Kopie sämtlichen übrigen Signatarstaaten übermittelt.

## Die erlösten Regierungschefs.

vorstand, ging durch die Kreise der Delegierten ein Aufsehen erregendes Ereignis. Die ersten Meldungen vom Abschluß in Lausanne berichteten davon, wie Herriot beim Verlassen der Sitzung zwei Journalistinnen umarmt habe, wie MacDonald den lauernden Pressevertretern zugerufen habe: „Wir sind fertig!“ Die Ausarbeitung des Textes in seinen Einzelheiten stand zwar noch bevor, die feierliche Abschlußsitzung, in der die Texte vorgelegt werden sollten,

war auf den Abend angesetzt; sie konnte, da die Texte erst spät fertig wurden, nicht vor 22.20 Uhr beginnen. Aber all das waren nur noch Formalitäten. Der Wortkampf war beendet.

Noch vor dieser Abendsitzung begab Papen sich an den Rundfunk, um dem deutschen Volk das erzielte Ergebnis mitzuteilen. Die Rede klingt äußerst optimistisch — es drängt sich dabei die Frage auf, ob nur die Erleichterung über den endlich herbeigeführten Abschluß oder ein Studium der eben übernommenen Verpflichtungen den Grundton der Rede bestimmt hat.

Aus dieser Rede:

„Deutsche Frauen und deutsche Männer! Das deutsche Volk hat das Recht, von dem verantwortlichen Regierungschef auf dem schnellsten Wege über das Ergebnis der Lausanner Konferenz unterrichtet zu werden.“

Wenn es nur auf diesen Unterricht ankommt, der kann die weitere Rede erheblich zusammenstreichen. Es bleiben dann die Feststellungen:

„Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt erfordert die restlose Beseitigung der Reparationszahlungen. Darüber hinaus galt es aber auch, einen Weg zu suchen, der das Vertrauen der Völker auch von den Schlacken befreite, die in seinen Folgen schwere und unerträgliche wirtschaftliche Lasten für Deutschland bedeuteten. Das erste Ziel der Lausanner Konferenz, die völlige Beseitigung der Reparationen, ist erreicht, Deutschland wird vom 1. Juli 1932 keine Reparationen aufzubringen haben. Der Young-Plan ist gefallen. Zahlungen von über 33 Milliarden Mark mit Jahresleistungen von rund 2 Milliarden sind beseitigt. Unsere Verpflichtungen aus dem Hooverjahr bis zum 1. Juli 1932 werden von uns anerkannt und werden geleistet. Dazu kommt ein gewisser Beitrag für den europäischen Wiederaufbau, alles zusammen bis zu einer Maximalhöhe von 3 Milliarden Mark.“

Es folgt eine Schilderung des Zahlungsverfahrens, wobei Papen nur der kleine Irrtum unterläuft, die Zeit, nach der die nicht abgesetzten Bonds verfallen sollen, auf 12 Jahre anzusetzen statt, wie der Vertrag, auf 15 Jahre.

„Politisch bedeutet das Ergebnis der Lausanner Konferenz den Beginn einer neuen Ära unter den Völkern. . . Im Namen Deutschlands melde ich schon heute erneut den Anspruch vor der ganzen Welt an, als Volk mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten in der ganzen Welt behandelt zu werden. . . Unser Weg . . . wird und muß zu dem Frieden in Ehren führen. Darin weiß sich heute die deutsche Regierung mit dem gesamten deutschen Volk einig.“

## Dichtung und Wahrheit.

Eine Vergleichung des Lausanner Pakts mit der Papenschen Rede läßt verschiedene Bedenken aufkommen:

1. „Das deutsche Volk wird keine Reparationszahlungen mehr aufzubringen haben.“ Im Vertrag steht nichts davon.

Es ist Papens Privatvergnügen, die vereinbarten Zahlungen unter einem anderen Namen einzuführen, dem der aus dem Hoover-Moratorium gestundeten Summen und einem gewissen Beitrag zum Wiederaufbau Europas. Was das Hoover-Moratorium angeht, so war man bisher in Deutschland vielfach der Ansicht, daß die dort gestundeten Zahlungen für immer verjährt seien. Außerdem machen sie nur gut die Hälfte der jetzt zugesicherten Summe aus. Und zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist zu sagen, daß die Verteilung der von Deutschland gezahlten Summe ausschließlich den Reparationsgläubigern vorbehalten bleibt.

2. Die Zahlungsbedingungen, so wie sie jetzt im Vertrag festgelegt worden sind, enthalten einige Bestimmungen, von denen während der Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist, und die deutliche Vorsichtsmaßnahmen Deutschland gegenüber bedeuten.

a) Die BIZ behält sich das Recht vor, den Kurs, zu dem die Bonds abgegeben werden dürfen, unter Umständen unter 90 Prozent herabzusetzen.

b) Nimmt Deutschland ausländische Anleihen auf, so muß es mit einem Drittel des geliehenen Geldes selber die Bonds zurückkaufen. Das bedeutet, daß dem eventuellen Versuch Deutschlands, den Wert der Reparationsbonds durch die Aufnahme weiterer ausländischer Anleihen zu drücken, ein Riegel vorgeschoben wird.

Wer diese Bestimmungen ansieht, der merkt, daß Papen im Endkampf der Nerven, in dem jeder der Partner den anderen durch die Wiederholung der eigenen Forderungen zu ermüden suchte, nicht den längeren Atem behalten hat. Sein Ergebnis bleibt weit zurück hinter dem, was Brüning forderte. Das einzige Zugeständnis, das er erhalten hat, besteht darin, daß der Vertrag keine Verkoppelung der Reparationen mit den interalliierten Schulden erhält.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die mit so großem Pomp angezeigte „nationale Konzentrationsregierung“ bei den Verhandlungen in Lausanne jedenfalls nicht mehr erreicht hat als etwa Brüning oder ein anderer Kanzler hätte erreichen können, der mit Festigkeit für eine verständige Revision eingetreten wäre.

Gerade in dieser unserer Meinung ist sich gerade das ganze deutsche Volk einig gegen Herrn von Papen.

Selbst seine „Konzentrationsfreunde“ von der „Deutschen Zeitung“ und ähnlichen Blättern verstehen diesmal nicht, worin seine Tätigkeit sich außenpolitisch von der anderer Kanzler unterscheidet, vielleicht unterrichtet er diese Leute nun, damit sie endlich den Tatsachen Rechnung tragen und ihre politische Propaganda nicht weiter aus bloßer Phantasie bestreiten.

## Die Angst vor dem Frieden.

M. S. Der Genfer Staatsrat hat beschlossen, den auf den 28. Juli nach Genf einberufenen „Kampfkongreß gegen den imperialistischen Krieg“ zu verbieten. Der Kongreß ist einberufen worden auf die Initiative von Henri Barbusse und Romain Rolland. Dem Ausschuß gehören an: Maxim Gorki, Bernard Shaw, Albert Einstein, Heinrich Mann, Victor Marguerite, Frau Sun Yat Sen, Upton Sinclair u. a.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt:

„. . . Diese Sorge der Genfer Behörde um die Wahrung von Ruhe und Ordnung erscheint besonders im Hinblick auf die fortwährende Abrüstungskonferenz durchaus am Platze.“

„. . . Trotzdem eine Reihe bekannter und geachteter Persönlichkeiten von internationalem Ruf das Patronat über diesen Kongreß übernommen hatten, steht nämlich fest, daß die Grundtendenz der Veranstaltung kommunistisch ist.“

Zu diesen beiden Begründungen ist folgendes zu sagen:

1. Die Abrüstungskonferenz hat, wie wenigstens ihr Name andeutet, die Aufgabe, den Krieg zu beseitigen. Inwiefern ein Kampfkongreß gegen den Krieg, der mit Hilfe des Worts diese Tendenz zu unterstützen verspricht, die Arbeitsruhe in Genf stört, ist nur für denjenigen einzusehen, der einen Alarmruf zu Gunsten des Friedens fürchtet.

2. Die Grundtendenz der Veranstaltung, zu der sich Romain Rolland in seinem ersten Aufruf bekennt, ist die Verhinderung eines Krieges gegen die Sowjet-Union: „Unser

internationales Vaterland, die Sowjet-Union, ist bedroht. Das bedeutet eine Drohung für die ganze Welt.“ Sich gegen solche Drohung zur Wehr zu setzen, ist in den Augen des Genfer Staatsrats ein Verbrechen, das er auf seinem Boden nicht duldet. Die Zeiten, in denen die Schweiz flüchtenden Revolutionären, z. B. dem Gründer des Sowjet-Staates, Lenin, Asylrecht gewährte, sind vorbei. Heute wagt es diese Republik nicht mehr, politischen Gedanken, die freilich auch schon zu den Flüchtlingen gehören, Obdach zu bieten.

3. Menschen, die sich selber, wie Rolland in seinem Aufruf, nur das einfache Merkmal zulegen, „freidenkende Menschen“ zu sein, die im übrigen durch ihre Lebensarbeit bewiesen haben, daß sie den Frieden wollen und nichts als den Frieden, diesen Menschen wird vom Genfer Staatsrat entweder die Fähigkeit oder der gute Wille abgesprochen, die Verantwortung für den Kongreß, die sie übernommen haben, zu tragen. Mit welchem Recht gestattet dieser Staatsrat den Delegierten des Völkerbundes, das Lügenspiel über Ostasien aufzuführen und auf der Abrüstungskonferenz jeden ernsthaften Vorschlag zur Abrüstung zu sabotieren?

Mit der Absage der Schweiz ist der Friedenskongreß nicht gescheitert. Jede Nation sollte es sich jetzt zur Ehre anrechnen, diesen Kongreß in ihr Land einzuladen. Der geeignetste Ort dafür wäre das Schlachtfeld von Verdun. Hier würde die Sprache gesprochen werden können, die dem Ernst der Einberufer dieses Kongresses entspräche.

## Revolte in Peru.

Die peruanische Regierung bestätigt die Meldungen von einem Aufstand in Trujillo. Es gelang den Aufständischen nach einem zehnstündigen harten Kampf die Garnisonstruppen zu überwältigen und die Stadt zu besetzen. In der ganzen Stadt erschienen rote Fahnen, die Aufständischen zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Straßen. Ihre Herrschaft dauerte nicht lange. Wie es heißt, ist die Stadt bereits durch herangeholte Regierungstruppen zurückerobert worden. Kriegsschiffe und ein Bombenflugzeuggeschwader sind von der Regierung abgesandt worden.

## Herriots Rückkehr.

Herriot wird am Sonntag morgen in Begleitung der ganzen französischen Delegation wieder in Paris eintreffen und sich dann sofort an die dringenden innerpolitischen Aufgaben machen. Besprechungen über das Finanzprogramm zunächst mit dem Finanz- und dem Haushaltsminister, dann in der Kammer sind schon für Sonntag und Montag angesetzt worden. Auch der Präsident des Finanzausschusses hat noch einmal eine Prüfung des Programms angemeldet. Wie es heißt, sind neue Schwierigkeiten entstanden, da sich im Heeresauschuß Widerstand gegen die vom Finanzausschuß angenommenen Änderungen geregt hat.

## Die Nazis stoßen vor.

Der Konflikt mit den Herren lebt auf.

Die in den letzten Tagen schleichende Rivalität zwischen den Herren vom Klub und den Nazis, zwischen Schleicher und Hitler, beginnt wieder hervorzutreten. Am Freitag

erklärte z. B. Goebbels in einer Berliner Versammlung der Nazi-Betriebszellenorganisation:

Die NSDAP werde das Kabinett Papen bekämpfen, sobald es sich am Volk vergehe, und spreche ihm das Recht ab, Notverordnungen zu erlassen, in Lausanne Verträge zu unterschreiben, die weitere Tributverpflichtungen in sich schließen, und im Namen des nationalen Deutschland zu sprechen, wenn dieses Kabinett nicht einmal die internationale Mordpest von den Straßen vertreiben könne. Die Nationalisten wollen nicht nur die Trommler, sondern auch die Staatsmänner sein, denn was die NSDAP in zwölf Jahren aufbauen würde, würden bürgerliche Schwächlinge in zwei Monaten wieder einstürzen.

Schleicher, der zum Glück für die Arbeiterschaft ebensowenig wie irgend jemand auf Seiten der Nazis den Eindruck erweckt, einen überlegenen Willen zu besitzen, wird also mit seiner Taktik des Hinauszögerns vielleicht nicht einmal bis zum 31. Juli durchkommen. Unter Umständen muß bereits vorher jemand seiner Regierungskollegen über die parlamentarische Klinge springen.

## Was „unser Volk“ retten wird.

„. . . die sachliche Arbeit von wirklich Sachkundigen auf jedem Gebiet wird unser Volk retten.“

So bekundet die Deutsche Volkspartei in ihrem Wahlauftritt. Eine solche rettende Arbeit im Sinne der DVP leistet z. B. der Regierungsrat Hitler, dessen Ernennung die Deutsche Volkspartei in Braunschweig seiner Zeit nur unter der Bedingung zugestimmt hatte, daß er wirklich sein Amt ausüben würde und daß es sich nicht um ein bloßes Manöver handle. Aus der Tatsache, daß ein Manöver daraus wurde, hat jedoch die DVP keine Konsequenzen gezogen.

# Finnland / Ein Land der Kleinbauern und Genossenschaften

Wir entnehmen den folgenden Abschnitt dem interessanten Buche „Finnland, das Land der Genossenschaften“ von Thorsten Ohde, das im Verlage von Struppe & Winckler, Berlin 1932, erschienen ist, und auf das wir noch näher eingehen werden.

Die Einstellung der finnischen Landwirtschaft auf Milchwirtschaft und die damit verbundenen anderen landwirtschaftlichen Veredelungswege, wie Hühnerzucht, Eierproduktion, Schweinezucht u. s. w., ist bedingt durch die Besitzverhältnisse. *Finnland war und ist ein Land von Kleinbauern.* Nach einer im Jahre 1920 veranstalteten landwirtschaftlichen Enquete (Umfrage) — spätere zuverlässige Zahlen liegen leider nicht vor — gab es in Finnland 250 000 Besitzungen von mehr als 1/2 ha, von denen 192 000 von den Besitzern bewirtschaftet und 68 000 verpachtet waren. Von diesen 250 000 Besitzungen hatten

96 500 =	38,5 Prozent	weniger als 3 ha
98 000 =	39,2	3—10 ha
41 000 =	16,4	10—25 ha
11 000 =	4,4	25—50 ha
936 =	0,4	mehr als 100 ha.

In den östlichen Provinzen ist der Kleinbauer vorherrschend, aber auch im Westen und Süden faßt er festen Fuß. Die großen Güter, früher von gewisser Bedeutung für die Einführung neuer landwirtschaftlicher Methoden und Maschinen, gehen in die Hände von Kleinbauern über, oft werden sie unter die Erben aufgeteilt, oft auch vom Staat oder den Kommunen zu Siedlungszwecken aufgekauft.

## 130 000 selbständige Bauernwirtschaften wurden durch ein Gesetz des Jahres 1918 errichtet.

Dies Gesetz befreite Kätner und Instleute von den Diensten für die Bauern und gab ihnen die Möglichkeit, das von ihnen bisher bewirtschaftete Land als Eigentum zu erwerben.

## Weitere 30 000 Besitzungen wurden durch innere Kolonisation geschaffen.

(Finnland hat 3,4 Millionen Einwohner, Deutschland 65 Millionen! Die Red.) Die Bestrebungen der inneren Kolonisation reichen bis in das Jahr 1880 zurück. Der Staat, Lokalbehörden, ein besonderer Kolonisationsausschuß und die Kreditgenossenschaften haben hier in den letzten Jahren erfolgreiche gemeinsame Arbeit geleistet.

Heute gibt es in Finnland über 300 000 landwirtschaftliche Kleinbesitzungen, die mehr als 1,2 Millionen Menschen = 35 Prozent der Bevölkerung Arbeit und Brot geben. *Der kleinbäuerliche Charakter der finnischen Landwirtschaft erfordert eine genossenschaftliche Zusammenarbeit; sie bildet die Grundlage der in der finnischen Landwirtschaft sich immer stärker ausprägenden Veredelungswirtschaft,* für die das Molkereiwesen typisch ist. Diese Zusammenarbeit, diese genossenschaftliche Form der gegenseitigen Hilfe ist traditionell in den Landesteilen, die auf eine vielhundertjährige Vergangenheit des Kleinbauertums zurückblicken, dort mußten stets die Kräfte gemeinsam eingesetzt werden, wenn ein Werk auszuführen war, das die Kräfte des einzelnen überstieg. Die alten Bau-, Pflug-, Rode- und Erntegilden haben den Genossenschaften mit ihren festeren Organisationsformen den Weg geebnet.

# Landwirte und Verbraucher

Auf Grund riesiger Opfer der Verbraucher ist es der deutschen Landwirtschaft möglich gewesen, einen ständig steigenden Teil des deutschen Lebensmittelverbrauches im Inlande zu produzieren. Wie bekannt, berechnete der Zentrumsabgeordnete Dessauer die jährliche Belastung der deutschen Verbraucher zu Gunsten der deutschen Landwirte auf 3 bis 4 Milliarden Mark. Gerade auf Grund jener Opfer haben sich nun die wirtschaftlichen Verhältnisse so verschoben, daß es nachgerade zweifelhaft wird, wie lange die bekannten, insbesondere zollpolitischen Maßnahmen den deutschen Landwirten noch hohe Preise sichern werden.

Der deutsche Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln ist in den vier Jahren von 1927 bis 1931 von rund 5 Milliarden Mark auf rund 2,2 Milliarden Mark zurückgegangen. Wenn man nur diejenigen Produkte in Betracht zieht, bei denen die deutschen Landwirte in unmittelbarem Wettbewerb mit den Landwirten der einführenden Länder stehen, so ergibt sich: Der Einfuhrüberschuß ist während der genannten Zeit von 3,6 Milliarden Mark auf 1,2 Milliarden Mark, also auf ein Drittel, zurückgegangen.

Die Annäherung Deutschlands an die Selbstversorgung mit Lebensmitteln kann, wie das Institut für Konjunkturforschung und die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen in einer gemeinsam bearbeiteten Untersuchung mit Recht feststellen, nicht ohne Rückwirkung auf die Preisbildung bleiben.

Bei großem Zuschußbedarf an Lebensmitteln haben die Zölle einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Preisbildung. Die Lebensmittel, von denen ein erheblicher Teil eingeführt wird, können dann ja in Deutschland kaum billiger verkauft werden als zum Auslandspreis + Zoll.

Je vollkommener das Ziel der Selbstversorgung erreicht ist, um so schwächer wirkt der Zoll, um so ausschlaggebender für die Preisbildung wird die Kaufkraft der Verbraucher. Es ist zwar dann noch möglich, durch Beseitigung des Zolls unter Umständen einen plötzlichen Rückgang der Agrarpreise herbeizuführen; dagegen besteht keine Möglichkeit mehr, durch Anspannung des Zolls die Preise über den Stand zu erhöhen, der sich aus den inländischen Angebots- und Nachfrageverhältnissen ergibt.

Die Lage der Landwirte kann unter diesen Umständen — mit Hilfe der alten Mittel! — nicht mehr verbessert werden durch Preiserhöhungen, sondern nur noch durch Abbau der Handelsspannen und durch Hebung des Verbrauchereinkommens. Von entscheidender Bedeutung ist dann insbesondere das Einkommen der städtischen Verbraucher.

Da die Einfuhr von Vieh und Fleisch seit einigen Jahren bereits unerheblich ist im Verhältnis zum Verbrauch, kann man an der Entwicklung der Vieh- und Fleischpreise schon heute studieren, was man an den Getreidepreisen vielleicht in verhältnismäßig kurzer Zeit studieren können: Die Verkaufserlöse der Landwirte werden ausschlaggebend durch Schwankungen der Konsumenten-Kaufkraft beeinflusst.

Von 1929 bis 1931 ist der Fleischverbrauch in Deutschland mengenmäßig fast gleich geblieben. 1929 entfiel auf den Kopf der Bevölkerung ein Fleischverbrauch von 51,7 kg, im Jahre 1931 von 51 kg. Inzwischen hatte aber das jährliche Arbeitseinkommen der deutschen Bevölkerung von 43 auf 33 Milliarden Mark abgenommen. Der für die fast gleichgebliebene Fleischmenge erzielte Erlös ist entsprechend von 7,5 Milliarden auf 5,5 Milliarden Mark gesunken. Der Zusammenhang ist deutlich!

Es wäre natürlich töricht, wenn Bauern und Arbeiter erwarten würden, nach Herstellung der Getreideselbstversorgung würden die Preise für Futter- und Brotgetreide in Deutschland sinken. Die Großgrundbesitzer werden, wenn sie nur die Macht dazu haben, es sicher verstehen, dann durch andere Mittel als politische Maßnahmen entweder die Getreidepreise weiter hochzuhalten oder sich sonstwie auf Kosten der Bauern und Arbeiter neue Einkommensquellen zu erschließen. Wir dürfen die Junker nicht für so dumm halten, daß sie sich durch ihre Autarkiebestrebungen, ohne es zu merken, ihr eigenes Grab graben! H. H.

## Geheimnisse des Zuckerpreises.

Die Zuckerpreise spielen in der Wirtschaftspolitik von jeher eine große Rolle. Es verlohnt also, den Vorgängen auf den internationalen Zuckermärkten etwas nachzugehen. Wir werden dabei allerlei Interessantes zu Tage fördern; wenn auch keine Geheimnisse im gewöhnlichen Sinne des Wortes, so doch Tatsachen, die in der Öffentlichkeit noch lange nicht genug bekannt sind und auf die in der sozialistischen Presse immer wieder hingewiesen werden sollte.

### Inlandspreise und Ausfuhrpreise für Zucker.\*)

Tschechoslowakei.

Inlandspreis für Kristallzucker ab Fabrik für 100 kg 480 Kronen  
Exportpreis für denselben Zucker ab Fabrik . . . 200 Kronen  
Unterschied . . . . . 280 Kronen

Unter Berücksichtigung der im Exportpreis enthaltenen Frachtkosten, die je nach der Länge des Versandweges verschieden sind, ergibt sich:

Der Inlandspreis ist rund 100 Prozent höher.

Aehnlich liegen die Verhältnisse für

Deutschland.

(Ende Oktober 1931.)

Feinste Kristallraffinade frachtfrei Berlin für 100 kg 64,25 Mark  
derselbe Zucker im Export franko nordschweizerische Grenze . . . . . 14,40 Mark  
Unterschied . . . . . 49,85 Mark

Der Preis für den Inlandsverbrauch ist über viermal so hoch als der Preis von Ausfuhrzucker.

Im Dezember 1931 betrug der Preis für 100 Kilo Zucker: in Magdeburg . . . . . 41,00 Mark  
in New York (unverzollt) . . . . . 10,56 Mark  
in New York (verzollt) . . . . . 29,07 Mark

Im April 1931 kostete 1 Pfund Frankenthaler Würfelzucker in München ungefähr gleich viel wie 1 Kilogramm in Zürich!

Dazu ist zu bemerken, daß nach der Schätzung von Dr. Mikusch in Wien nur etwa ein Viertel der Weltproduktion überhaupt auf den Weltmarkt kommt, und daß fast aller auf dem Weltmarkt erscheinende Zucker „Dumpingzucker“ ist. Das heißt: der niedrige Weltmarktpreis kann nur gehalten werden, weil durch Schutzzölle die Inlandspreise in allen Ländern sehr hoch gehalten werden und die Gewinne am Inlandsverkauf so hoch sind, daß die Verluste im Exportgeschäft leicht gedeckt werden und trotzdem noch ein ganz beachtlicher Profit verbleibt. Ausgeführt wird natürlich nur, was im Inland zu den überhöhten Preisen nicht abgesetzt werden kann.

### Die Frachtkosten

spielen, wie bereits erwähnt, eine große Rolle bei der Bildung der Zuckerpreise, sowohl im Inland wie im Ausland. So wurden beispielsweise beträchtliche Mengen tschechoslowakischen Zuckers die Elbe abwärts nach Hamburg und den Rhein aufwärts nach der Schweiz transportiert. Auf diese Weise können die Frachtkosten trotz des Umweges ziemlich herabgesetzt werden. Auch die Ausnahmetarife etwa der Schweizerischen Bundesbahnen zur Bekämpfung der Autokurrenz werden ausgenutzt zur Verbilligung der Handelsunkosten. Man sieht hier, wie verschiedene monopolistische Maßnahmen ineinander oder gegeneinander wirken können, hier die staatliche Zollpolitik einerseits und die Monopolbestrebungen der Schweizerischen Bundesbahnen andererseits.

### Rüben- und Rohrzuckerproduktion.

Der aus Uebersee eingeführte Zucker ist fast ausschließlich Rohrzucker. Die Gestehungskosten des Rohrzuckers liegen im allgemeinen unter denen des Rübenzuckers. So ist es begreiflich, daß die Rübenzuckerproduktion in Europa längst zum größten Teil infolge der Konkurrenz des billiger zu erzeugenden überseeischen Rohrzuckers zum Erliegen gebracht worden wäre, wenn nicht überall hohe Schutzzölle beständen.

\* Alle Zahlenangaben sind dem Sonderheft 13 „Die schweizerische Zuckerwirtschaft“, einer Veröffentlichung der Preisbildungskommission des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Berlin 1932, entnommen.

Die Rübenzuckererzeugung verdankt ihren Aufschwung im 19. Jahrhundert überhaupt erst einem Eingriff in den internationalen Handel, nämlich der sogenannten Kontinental-sperre durch Napoleon von 1803—1813, durch die die Zufuhr von Rohrzucker fast ganz abgeschnitten wurde. Die dadurch bedingte starke Erhöhung der Zuckerpreise machte die Rübenzuckerproduktion erst richtig lohnend. Und in der damaligen Zeit erstand denn auch eine große Anzahl von Zuckerraffinerien in der Schweiz, in Deutschland, Frankreich u. s. w. Später wurde diese Industrie durch Zölle künstlich am Leben gehalten, und durch Exportprämien wurde die Ausfuhr künstlich gesteigert. Das Ergebnis: 1899/1900 betrug die europäische Rübenzuckerproduktion zwei Drittel der Weltzuckererzeugung. Der Weltkrieg brachte dann eine gewaltige Umwälzung zu Gunsten des Rohrzuckers. Der Hauptnutznießer dieses Umschlags war Kuba; das seine Zuckererzeugung verdoppeln konnte. Fortschritte der Pflanzenzucht- und Kulturmethoden des Zuckerrohrs wirkten auch noch zu Gunsten des Rohrzuckers. So kam es, daß sich das Bild gegenüber der Vorkriegszeit völlig verschoben hat: Die Anteile an der mittleren Jahresproduktion von 1924/30 betragen:

Rübenzucker aus Europa insgesamt 30,5 Prozent (darunter Deutschland mit 6,8 und die Tschechoslowakei mit 4,8 Prozent an der Spitze).

Rohrzucker aus Uebersee insgesamt 65,8 Prozent (an der Spitze Kuba mit 18,8, Indien mit 11,5 und Java mit 9,6 Proz.).

Der Rest von 3,7 Prozent der Gesamtzuckerproduktion ist in Kanada und den USA erzeugter Rübenzucker.

R. Höll.

### Erntevorschätzungen 1932.

Auf Grund der ersten Vorschätzung der deutschen Getreideernte durch die amtlichen Saatenberichterstatler Anfang Juli ergeben sich im Reichsdurchschnitt folgende Erträge je Hektar; unter Zugrundelegung der Ende Mai festgestellten Anbauflächen wäre nach diesen Durchschnittsschätzungen zu Anfang Juli folgende Ernte zu erwarten:

	Doppelzentner je Hektar		Ernte in Tonnen	
	1931	1932	1931	1932
Winterroggen	15,4	17,9	6 680 000	7 950 000
Sommerroggen	12,2	14,0		
Winterweizen	19,5	22,0	4 230 000	4 990 000
Sommerweizen	19,9	21,4		
Wintergerste	22,3	23,7	507 000	584 000
Sommergerste	18,0	19,6	2 510 000	2 600 000
Hafer	18,5	19,2	6 200 000	6 310 000

## Durch Erfahrungen unbelehrbar?

Adolf Damaschke: „Bodenreform und Landwirtschaft.“ Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61. 1932. 48 Seiten.

Wie Damaschke, der Vorsitzende des Bundes deutscher Bodenreformer, diesen mitgliederreichen Bund zwischen den Parteien hindurch in die Wirkungslosigkeit hineinsteuert, dafür ist sein zu einer Broschüre umgearbeiteter Danziger Vortrag über Bodenreform und Landwirtschaft ein neuer Beweis.

„Die weltgeschichtliche Bedeutung unserer Zeitenwende“ sieht er „in dem großen Ringen zwischen Mammonismus und Kommunismus.“ (Seite 5.) Man kennt dieses Verfahren: Die Wirkungen der Demokratie werden als Wirkungen der unvollkommenen Demokratie bezeichnet, wodurch man darum herumkommt, die Demokratie selber verurteilen zu müssen. So werden von Damaschke die Wirkungen des Kapitalismus als Wirkungen des Mammonismus bezeichnet, wodurch er darum herumkommt, den Kapitalismus verurteilen zu müssen.

Damaschke hat längst richtig erkannt: „Auch in der Stadt ist kein sozialer Aufstieg von Dauer möglich, wenn nicht in der Landwirtschaft gesunde Verhältnisse herrschen. Jede einseitige Verbesserung der Lebenshaltung in der städtischen Bevölkerung müßte eine noch stärkere Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte herbeiführen. Das aber würde für die Entstehung oder Vergrößerung der industriellen Reserve-

## Siedlungsfolge. Wo?

Im ersten Jahrzehnt, von 1919—1928, sind im Reich 8444 neue Stellen mit mehr als 5 Hektar Fläche errichtet — in Polen in derselben Zeit 80 600, in allen neuen Randstaaten von Finnland bis zur Tschechoslowakei rund 200 000! 8444 gegen 200 000 Bauernhöfe.

1928 wurden in Pommern 2068 Personen in 458 neuen Siedlungsstellen angesetzt. In demselben Jahre aber sind nach einem Bericht der Pommerschen Landwirtschaftskammer aus dieser Provinz 9173 Arbeiter, Gutshandwerker aus den pommerschen Dörfern dauernd verzogen. Dazu treten noch Bauernöhne und -töchter. So lebten zum Schluß des Jahres 1928 trotz der Siedlung mehr als 7000 deutsche Menschen weniger in den pommerschen Dörfern als zu Beginn. In demselben Jahre 1928 wurden in Ostpreußen 3678 Personen auf 816 Neusiedlerstellen angesetzt. In derselben Zeit aber betrug der Wanderverlust der Provinz über 21 000.

(Aus Damaschke: „Bodenreform und Landwirtschaft.“)

Armee, die jeden dauernden Aufstieg in der Lebenshaltung der großen Masse unserer Bevölkerung erschwert, wenn nicht unmöglich macht.“ (Seite 7.)

Die Bodenreform, die er fordert, ist aber nichts als Bodenrechtsreform, insbesondere Reform an dem heutigen Bodenrecht, das eine unbeschränkte Verschuldung des Bodens zuläßt. Auf Reform dieses Bodenrechtes lenkt Damaschke seine Anhänger hin und lenkt sie dadurch ab von der Bodenbesitzreform; von der Brechung der Bodensperre, die not tut, gerade zur Hemmung der Landflucht.

Damaschke bezeichnet sich auf dem Titelblatt als „Vorsitzender des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium.“ In diesem „Ständigen Beirat“ hat man dem Bodenrechtsreformplan Damaschkes ein Begräbnis erster Klasse bereitet und ihn selber zum Leiter der Begräbniszeremonien bestellt. Damaschke ist aber so gläubig, daß er auf der letzten Seite seiner Broschüre von der Bodenrechtsreform schreibt: „Diese grundlegende Reform kommt, weil sie kommen muß!“

Solch kindlicher Glaube bedeutet tatsächlich: Duldung der Ausbeutung, Teilnahme und Beihilfe an dem Verbrechen der Ausbeutung. Sieht das Damaschke denn nach so vielen Erfahrungen noch immer nicht?

Helmut Rauschenplat.